

schließlich durch staatliche —► *Gerichte* in einem gesetzlich geregelten Strafverfahren ausgesprochen. Hauptstrafen sind: Verurteilung auf Bewährung, Geldstrafe, öffentlicher Tadel, Freiheitsstrafe, Haftstrafe, Todesstrafe, Strafarrest gegen Militärpersonen, Jugendhaft. Zusatzstrafen sind z. B. zusätzliche Geldstrafe, Aufenthaltsbeschränkung, Entzug der Fahrerlaubnis, Verbot bestimmter Tätigkeiten u. a. Das Gesetz garantiert die unmittelbare Mitwirkung der Werktätigen an der Findung der gerechten Strafe und deren Verwirklichung (—\* *Rechtsprechung*). Außerhalb des Strafrechts gibt es im Wirtschaftsrecht Vertragsstrafen und gegen —\* *Ordnungswidrigkeiten* die Ordnungsstrafen. —► *Strafvollzug*

Strafrecht: in der DDR Zweig des sozialistischen Rechtssystems, mit dem der sozialistische Staat den gesamtgesellschaftlichen Kampf gegen die —◄ *Kriminalität* leitet und organisiert. In Konkretisierung der Verfassung der DDR regelt es die Grundsätze und Hauptrichtungen der Kriminalitätsbekämpfung und -Vorbeugung. Es richtet sich vor allem gegen Verbrechen gegen den Frieden und die DDR, gegen Verbrechen und Vergehen gegen das sozialistische Eigentum, die gesellschaftliche und staatliche Ordnung, das Leben, die Gesundheit und die Rechte der Bürger (—\* *Verbrechen*, —► *Vergehen*). Es dient dem Schutz der sozialistischen Gesellschafts-, Staats- und Rechtsordnung und der Bürger vor Straftaten und der Erziehung der Straftäter unter Berücksichtigung der Schwere ihrer Straftat und der Täterpersönlichkeit zur Einhaltung der Gesetzlichkeit. Es bestimmt die objektiven und subjektiven Umstände, unter denen ein bestimmtes Verhalten eine Straftat bildet. Es regelt die Voraussetzungen und den Umfang der persönlichen (individuellen) strafrechtlichen Verantwortlichkeit eines

Straftäters sowie die Arten der von den —\* *Gerichten* anzuwendenden —► *Strafen* und Erziehungsmaßnahmen, ihre Anwendung, Ausgestaltung und Verwirklichung. Das S. bestimmt wichtige Formen der Mitwirkung der Werktätigen, vor allem der Arbeitskollektive, an der Strafrechtspflege und bei der Erziehung von Straftätern. Es legt die Verantwortung der Leiter der Betriebe, der staatlichen Organe und Einrichtungen, der Vorstände der Genossenschaften und der Leitungen der gesellschaftlichen Organisationen für die Verhütung von Straftaten, für die Erziehung zur Wachsamkeit gegenüber feindlichen Anschlägen und ideologischen Einflüssen sowie zur Unduldsamkeit gegenüber Verletzungen der —◄ *sozialistischen Gesetzlichkeit* und —\* *Disziplin* fest. Es begründet zugleich die Verantwortung der Leiter für die Erziehung von Bürgern, die strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Grundlegende Rechtsnorm ist das Strafgesetzbuch der DDR von 1968 in der Fassung der Gesetze zur Änderung des Strafgesetzbuches vom 19. 12. 1974, vom 7. 4. 1977 und vom 28. 6. 1979 (GBl. I 1975, Nr. 3, 1977, Nr. 10 und 1979, Nr. 1.)

Straftat —► *Verbrechen*, —\* *Vergehen*

Strafvollzug: Gesamtheit der Maßnahmen zur Verwirklichung einer —◄ *Strafe* mit Freiheitsentzug nach Rechtskraft der Gerichtsentcheidung. Zum Schutze der sozialistischen Gesellschafts-, Staats- und Rechtsordnung und der Rechte der Bürger wird der Verurteilte auf Grund der Schwere seiner Straftat in eine S.einrichtung eingewiesen mit dem Ziel, ihn zur Achtung der Gesetze, zu Disziplin und Verantwortungsbewußtsein zu erziehen. Das geschieht auf der Basis moderner pädagogisch-psychologischer Erkenntnisse mit Hilfe kollektiver, ge-